

Die Deutsche Versicherungsanstalt übernimmt die freiwillig gegen Krankheit bei der Sozialversicherung Versicherten ohne Prüfung des Gesundheitszustandes zu dem am 1. April 1953 eingeführten Tarif.

6. Der Bau und die Instandsetzung von Wohnungen, besonders in großen Städten und Industriezentren, ist beträchtlich zu erhöhen. Aus Einsparungen durch Herabsetzung der Investitionen bei der Schwer- und Grundstoffindustrie sind für die Gewinnung von neuem Wohnraum (Neubau, Ausbau, Reparaturen sowie für die Instandsetzung von Straßen) für das Jahr 1953 über den bisherigen Plan hinaus zusätzlich Investitionsmittel und Lizenzkredite in Höhe bis zu 600 Millionen DM zu stellen.

7. Zur Verbesserung hygienischer und sanitärer Einrichtungen in volkseigenen Betrieben sind 30 Millionen DM Investitionsmittel im Jahre 1953 zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen haben die entsprechenden Vorschläge an die Zentralvorstände ihrer Gewerkschaften zu machen, die diese Vorschläge überprüfen und mit ihrer Stellungnahme dem jeweils zuständigen Fachministerium zur Beschlußfassung übermitteln. Für die örtlichen volkseigenen Betriebe sind die Anträge an die Bezirke zu richten.

8. Für die Errichtung und den Ausbau und Wiederaufbau von Gebäuden des Kultur-, Sozial- und Gesundheitswesens, wie Feierabendheime, Erholungsstätten des Feriendienstes der Gewerkschaften, Kindergärten und Kinderkrippen, sind im Jahre 1953 zusätzlich 40 Millionen DM Investitionsmittel bereitzustellen.

9. Die Versorgung der Werktätigen mit Arbeitskleidung, Arbeitsschuhen und Arbeitsschutzkleidung ist entsprechend den Vorschlägen des Bundesvorstandes des FDGB zu verbessern.

10. Die täglichen Stromabschaltungen bei der Bevölkerung sind im III. Quartal 1953 durch Einschränkungen im Stromverbrauch der Schwer- und Grundstoffindustrie aufzuheben. Das Staatssekretariat für Energie wird aufgefordert, für die weitere Regelung der ausreichenden Stromversorgung der Bevölkerung in den Wintermonaten die erforderlichen Vorschläge der Regierung bis zum 1. August 1953 zu unterbreiten.

Das Zentralkomitee wird demnächst erneut zusammentreten, um — nach inzwischen erfolgter Ausarbeitung weiterer notwendiger Maßnahmen — Partei und Öffentlichkeit in einer zusammenhängenden Darstellung über alle Probleme der neuen politischen und wirtschaft-